



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

32. Sitzung (öffentlich)

14. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:35 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Haushaltsgesetz 2003

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2800 und 13/3150

Vorlagen 13/1603 und 13/1710

Zuschriften 13/2107, 13/2123 und 13/2214

Einzelplan 03 - Innenministerium

- a) Beantwortung der in der Sitzung am 26.09.2002 gestellten Fragen durch den Innenminister (s. Vorlage 13/1710)
- b) Beratung der Ergänzungsvorlage Drucksache 13/3150
- c) Ankündigung von Änderungsanträgen 1

Der Ausschuss setzt die Beratung des Haushaltsgesetzentwurfes fort.

2 Sammlung personenbezogener Daten durch die CDU Köln zur Bundestagswahl

Bericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und das Recht auf Information des Landes Nordrhein-Westfalen

2

Der Ausschuss nimmt einen Bericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz entgegen und führt darüber eine Aussprache.

3 Landesplanungsbericht 2001

Vorlage 13/1069

Zuschrift 13/1950

7

Der Ausschuss gibt den Landesplanungsbericht 2001 ohne Votum an den federführenden Ausschuss ab.

4 Gesetz zur Änderung des Schulpflichtgesetzes (SchPflG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/3065

7

Der Ausschuss gibt den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss ab.

5 Änderungen im Hochschulrecht des Bundes transparent und forschungsfreundlich auf Landesebene umsetzen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/2507

Zuschriften 13/2072, 13/2120, 13/2150 und 13/2207

8

Der Ausschuss gibt den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss ab.

6 Gesetz zur Stärkung der Bürgerrechte in Räten, Kreistagen und Landschaftsversammlungen

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksachen 13/197 und 13/430

8

Der Ausschuss gibt den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss ab.

7 Gesetz zur Stärkung des Verfassungsschutzes und seiner Kontrollorgane

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2625

In Verbindung damit:

Gesetz zur Stärkung parlamentarischer Kontrolle des Verfassungsschutzes, der Justiz und der Polizei

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1715

Vorlagen 13/326 und 13/947

Zuschriften 13/1999, 13/2009, 13/2010, 13/2035, 13/2053 und 13/2036

8

Der Ausschuss berät die Gesetzentwürfe und gibt diese ohne Votum an den federführenden Ausschuss ab.

8 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2854

Vorlage 13/1581

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2280

Vorlagen 13/1365 und 13/1765

Zuschrift 13/1807

10

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung der Gesetzentwürfe und verständigt sich darauf, ein Sachverständigengespräch zum Thema Videoüberwachung durchzuführen.

9 Verwaltungsmodernisierung in der Polizei - Fehlentwicklungen vorbeugen

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/3063

12

Mit den Stimmen der SPD- und der Grünen-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion empfiehlt der federführende Ausschuss dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

10 Sicherheit braucht bessere Rahmenbedingungen für die Polizei

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3009

15

Mit den Stimmen der SPD- und der Grünen-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion empfiehlt der federführende Ausschuss vorbehaltlich der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

11 Polizeibeauftragte/r des Landes Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2993

17

Vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt der federführende Ausschuss mit den Stimmen der SPD-, Grünen- und CDU-Fraktion sowie gegen die Stimmen der FDP-Fraktion dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

12 Verordnung über die Kreispolizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage 13/1704

18

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

13 Terminplanung 2003

18

Gegen den in der Information 13/603 enthaltenen Terminplan für das Jahr 2003 gibt es keine Bedenken.

Aus der Diskussion

1 Haushaltsgesetz 2003

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2800 und 13/3150

Vorlagen 13/1603 und 13/1710

Zuschriften 13/2107, 13/2123 und 13/2214

Einzelplan 03 - Innenministerium

- a) Beantwortung der in der Sitzung am 26.09.2002 gestellten Fragen durch den Innenminister (s. Vorlage 13/1710)
- b) Beratung der Ergänzungsvorlage Drucksache 13/3150
- c) Ankündigung von Änderungsanträgen

Vorsitzender Klaus Stallmann teilt mit, dass geplant sei, die abschließende Beratung und Abstimmung in der Sitzung am 28. November 2002 durchzuführen.

Horst Engel (FDP) möchte wissen, welche Auswirkungen die gestrige Steuerschätzung für den Haushaltsplan 03 habe.

Theodor Kruse (CDU) bittet um eine Auskunft darüber, welche Ansätze im Haushaltsplan 03 für die Bekämpfung des Terrorismus vorgesehen seien.

Innenminister Dr. Fritz Behrens antwortet, die Auswirkungen der Steuerschätzung könne derzeit niemand beziffern, da die Zahlen noch nicht auf die Länder herunter gebrochen seien. Wenn diese vorlägen, werde darüber zunächst im Kabinett beraten. Eine Kabinettsitzung zu diesem Thema sei für den 24. November terminiert. Darüber hinaus teilt er mit, dass beabsichtigt sei, eine zweite Ergänzungsvorlage herauszugeben.

MR'in Brohl-Sowa (IM) lässt wissen, für die Sicherheitspakete 1 und 2 habe man rund 185 Millionen € veranschlagt. In diesem Jahr seien für die Terrorismusbekämpfung etwa 27,4 Millionen € angesetzt. Für das nächste Jahr sei infolge der Haushaltsberatungen der Haushaltsansatz von ursprünglich 39 Millionen € auf den gleichen Ansatz wie für das Jahr 2002 zurückgefahren worden. Die Differenz von 12 Millionen € solle nicht ersatzlos wegfallen, sondern - dies sei der Wille des Kabinetts - im Anschluss an die Ausfinanzierung des Sicherheitspaketes hinten angehängt werden. Es werde also keine Kürzung, sondern eine Streckung des Sicherheitspaketes stattfinden. Dies habe natürlich Auswirkungen auf die Stellensi-

tuation. Für das nächste Jahr seien 190 zusätzliche Stellen bei der Polizei vorgesehen gewesen, die nun auf 95 Stellen reduziert worden seien.

Theodor Kruse (CDU) bittet um eine Präzisierung in Bezug auf die Fragen, wofür die mit den Sicherheitspaketen zur Verfügung gestellten Ausgabemittel im Haushaltsjahr 2002 eingesetzt worden und welche Maßnahmen im Haushaltsjahr 2003 geplant seien. Wenn es nicht möglich sei, heute eine Auskunft zu erteilen, könne dies auch mittels einer schriftlichen Vorlage geschehen. - **Innenminister Dr. Fritz Behrens** sagt zu, eine schriftliche Vorlage zu erstellen.

Horst Engel (FDP) regt an, im Innenausschuss über die Auswirkungen der Steuerschätzung zu beraten, wenn dadurch der Fahrplan der Haushaltsberatungen beeinflusst werde. - **Innenminister Dr. Fritz Behrens** erwidert, er gehe davon aus, dass davon der bisherige Beratungsfahrplan des Landtages nicht tangiert sei.

2 Sammlung personenbezogener Daten durch die CDU Köln zur Bundestagswahl

Bericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und das Recht auf Information des Landes Nordrhein-Westfalen

Bettina Sokol, Landesbeauftragte für den Datenschutz NRW, trägt vor:

Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vor einiger Zeit hat das Magazin "Monitor" darüber berichtet, dass eine CD-ROM mit Angaben über Geschlecht, Alter, der Eigenschaft, Akademiker oder Akademikerin zu sein, Größenklassen von Kraftfahrzeugen, Straßenarten, Zahlungsmoral und - besonders pikant - dem Wahrscheinlichkeitsgrad einer möglichen Stimmabgabe für die CDU existiert. Mit dieser CD-ROM war es möglich, listenmäßig Name und Anschrift zu erhalten, wenn einige Auswahlkriterien angegeben wurden. Aufgrund dieser Berichterstattung und weiterer Presseanfragen sind wir der Sache nachgegangen. Das hat sich in diesem Fall als nicht ganz einfach dargestellt, weil die beteiligten Stellen recht zögerlich waren und sich zum Teil widersprüchlich eingelassen haben.

Nach unseren bisherigen Erkenntnissen kann ich Ihnen folgendes Ergebnis mitteilen. Ich komme zunächst auf den zeitlichen Ablauf zu sprechen: Wir haben herausgefunden, dass seit Mitte 1999 Geschäftsbeziehungen zwischen der CDU Köln und einer Firma mit Namen dimap existieren. Bei dieser Firma handelt es sich um ein Meinungsforschungsinstitut, das im Politik- und Sozialbereich Umfragen durchführt. Diese Firma hat nicht zum ersten, aber hoffentlich zum letzten Mal eine solche CD-ROM für bestimmte Wahlbezirke für die CDU erstellt. Dafür hat sie von der CDU die Meldedaten der Stadt Köln aller wahlberechtigten Personen und der 16- und 17-Jährigen erhalten. Diese Meldedaten hat die CDU an dimap weitergegeben. dimap hat von der in Neuss ansässigen Firma microm soziodemographische Daten erworben. Bei diesen soziodemographischen Daten geht es darum, dass eine Art Wohnumfeldstudie durchgeführt wird. Die Firma microm sagt im Internet unter dem Stichwort "Sozialmilieu" zu ihren Tätigkeiten, dass sie z. B. geographische In-